

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettlerhagenstraße No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: Eugen Fort, S. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 1/2 Uhr Nachmittags.
Berlin, 29. März. Die endgiltige Formation des Norddeutschen Bundesheeres befindet sich, was die Einteilung der Armee-Corps, der Armee-Abtheilungen und der Armee-Inspectionen betrifft, noch im Stadium der Vorbereitung. Aderweitige Nachrichten sind verfrüht.

Norddeutscher Reichstag.

21. Sitzung am 28. März 1867.
Die Tribünen sind überfüllt; in der Hofloge die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin, von Baden und Sachsen-Weimar, der Prinz Nicolaus von Nassau, später der Kronprinz. Das Haus tritt zunächst in die Berathung über den Antrag der Abgg. Bouneß und Sen., der dahin lautet, daß jeder Abg., der einen Abänderungsantrag gestellt hat, das Recht haben soll, wenn die Diskussion geschlossen wird, ohne daß er zu Wort kommt, 5 Minuten über seinen Abänderungsantrag zu sprechen. — Abg. Ahlmann hat dazu das Amendement gestellt: Austräge und Interpellationen, welche von Abgeordneten nicht-deutscher Nationalität gestellt werden, gelangen auch dann, wenn sie nicht von Abgeordneten deutscher Nationalität unterstützt werden, zur Diskussion und Abstimmung. Der Präsident bemerkt, daß er diesen Antrag, der nicht als Amendement gelten könne, jetzt nicht zur Debatte stellen werde. Der Referent über den Antrag Bouneß, Abg. v. Unruh empfiehlt die Annahme des Antrages. Man könne die Antragsteller nicht mundtot machen und daher sei es billig, ihnen wenigstens auf 5 Minuten das Wort zu gestatten. — Abg. v. Binde (Hagen) ist gegen den Antrag. Ueberall sei ein Antrag auf Schluß der Debatte zulässig, um die Debatte auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Man dürfe der Versammlung nicht Reden octroyiren. Es könnte bei Annahme des Antrages kommen, daß gegen Schluß der Debatte noch schnell ein Amendement gestellt wird, bloß um noch eine Rede halten zu können. Das wäre eine Bevorzugung der Minorität, die man füglich einen Mißbrauch nennen könnte. Nun noch einige praktische Bedenken. Der Antragsteller soll bloß fünf Minuten sprechen dürfen. Soll der Präsident ihn mit der Uhr in der Hand observiren. Eier kann man kochen mit der Uhr in der Hand, aber nicht das Zeitmaß einer Rede in solcher Weise bestimmen. Auf dem deutschen Handelstage und dem deutschen Abgeordnetentage hat man in dieser Beziehung Proben angestellt, die sehr unbefriedigend ausgefallen sind. Außerdem wird das Haus wirklich interessante Redner nicht so beschränken wollen und sie mit dem Rufe: „Fortreden!“ ermuntern. Im Uebrigen möchte ich über den Antrag gern die Meinung unseres verehrten Herrn Präsidenten hören. — Präsi. Dr. Simson: Das steht mir nicht zu, so lange ich den Vorsitz führe. — Die Abgg. v. Carlowitz und Bouneß sprechen für den Antrag, der die Minorität vor Benachtheiligung schütze. — Abg. Graf Schwerin ist gegen den Antrag schon deshalb, weil man die Antragsteller nicht so sehr in der Zeit des Sprechens beschränken dürfe. Sie möchten ihre Motive lieber drucken lassen; er möchte lieber das Geld für die Druckkosten bewilligen, als die Zeit für die Amendements. — Abg. Gneist ist für den Antrag, um auch den Schein zu vermeiden, als ob die Minorität benachtheiligt werde. — Nachdem noch der Abg. Wagener gegen und der Referent v. Unruh für den Antrag gesprochen, wird derselbe mit 128 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

Das Haus tritt in die Vorberathung über Art. 21, welcher lautet: Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen hervor, welche bis zum Erlaß eines Reichswahl-Gesetzes nach Maßgabe des Gesetzes zu erfolgen haben, auf Grund dessen der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden ist. Beamte im Dienste eines der Bundesstaaten sind nicht wählbar.

Zu diesem Artikel sind folgende Amendements eingebracht:
1. Von dem Abg. Fries: hinter die Worte „directen Wahlen“ einzuschalten: mit geheimer Abstimmung. 2. Von dem Abgg. Graf Händel v. Donnersmark und v. Unruh: statt des Schlusssatzes folgenden neuen Artikel einzuschalten: Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag. Wenn ein Mitglied des Reichstags in dem Bunde oder einem Bundesstaat ein besoldetes Staatsamt annimmt oder im Bundes- oder Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, so verliert er Sitz und Stimme in dem Reichstag und kann seine Stelle in demselben nur durch neue Wahl wieder erlangen. 3. Von dem Abg. Zacharia: Dem Art. 21 einen besondern Artikel voranzustellen: „Der Reichstag besteht aus einem Ober- und einem Unterhause. (Ein Amendement des Abg. Grafen Galen enthält die näheren Bestimmungen über die Bildung des Oberhauses.)“ 4. Von dem Abg. v. Brünne: ein Amendement, welches das Wahlrecht nur denjenigen 25jährigen Personen geben will, die einen eigenen Haushalt haben, d. h. einen eigenen Herd oder Dienstboten. Die Wahlhandlung ist öffentlich, bei derselben sind Gemeindeglieder zuzuziehen, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden. Von letzterer Bestimmung werden in den Militairwahlbezirken alle Militairpersonen nicht betroffen.

Abg. Fries empfiehlt die Aufnahme der geheimen Abstimmung. Man hat — erklärt er — freilich gesagt, daß, wer seines Stimmrechts würdig sein wolle, auch den politischen Muth haben müsse, seine Ueberzeugung kund zu thun. Wir machen nicht Gesetze für ideale Staaten, sondern für die politischen und socialen Verhältnisse, die in den Staaten des Norddeutschen Bundes thatsächlich bestehen. Ich möchte Sie dringend bitten, den Grundsatze der geheimen Abstimmung aufzunehmen, besonders wenn Sie das Prinzip der allgemeinen directen Wahlen als Fundamentalsatz in die Verfassung aufnehmen; ich halte dies für durchaus nothwendig, wenn die Wahlen als wahrer Ausdruck der Volksmeinung gelten sollen. Bravo. — Abg. Eichholz (gegen die Vorlage) erklärt sich

für geheime Abstimmung und für die Wählbarkeit der Beamten. Unsere Beamten — sagt er — haben eine bedeutsame Stellung inmitten unseres politischen und Volkslebens. Sie sind aus dem Gelehrtenstand hervorgegangen, das den Fürsten in ihrem Kampfe gegen den Feudalismus die geistigen Waffen gegeben hat. Bei der Bildung des modernen Staates war dies gelehrte Beamtenthum von maßgebendem Einfluß. Es hat das deutsche Volk aus seiner Verkommenheit und Bildungslosigkeit nach dem dreißigjährigen Kriege emporgehoben und auch heute noch ist es ein wesentlicher Factor der Bildung unserer Zeit und eine der wesentlichsten Stützen des Staats. Eine solche Klasse, die in der Vergangenheit eine so breite Basis und so viel Verdienste um die Entwicklung des Staateswesens hat, von der Wählbarkeit auszuschließen, würde ohne Benachtheiligung der öffentlichen Interessen nicht möglich sein. Man hat eingewendet, daß das Beamtenthum zu abhängig von der Regierung sei und sich auch versucht fühlen könnte, durch sein Verhalten im Parlament Carriere zu machen. Diese Bedenken scheinen mir nicht so schwerwiegend, um damit den Ausfall so bedeutender geistiger Kräfte zu rechtfertigen. Es ist ein conservativer Grundsatz, die geschichtliche Continuität in politischen Dingen festzuhalten; ich glaube also, daß Sie, nachdem das gelehrte Beamtenthum Jahrhunderte lang ein wichtiger Theil der Gesetzgebung gewesen ist, einen bedeutsamen geschichtlichen Zusammenhang aufgeben würden, wenn Sie dasselbe von der Wählbarkeit ausschließen wollten.

Abg. Dr. Friedenthal (für den Entwurf) entwickelt zunächst in längerer Ausführlichkeit die Gründe, weshalb er von einem wesentlich conservativen Standpunkte aus doch für das allgemeine gleiche directe Wahlrecht sein könne. Er und seine Freunde (v. Binde-Hagen) etc. hätten aber gerade deshalb die Competenz des Reichstages auf die nothwendigsten Gebiete zu beschränken versucht; denn man müsse immer erst untersuchen, ob ein Factor, der politische Rechte erhalte, auch stark genug sei, dieselben auszuüben. — Redner wendet sich sodann gegen das Amendement Brünne und gegen das Amendement auf die Errichtung eines Oberhauses. Er habe das Vertrauen, daß die künftigen Wahlen wesentlich conservativ ausfallen; denn der Schwerpunkt bei den Wahlen liege bei den Bauern. Man müsse nur dahin wirken, daß der Bauer die conservative Natur seiner Interessen erkenne. Zu diesem Behufe müsse man den Bauern eine derartige Kreisverfassung geben, um selbst mitwirken zu können an der Wahrung ihrer Interessen; so werde man ihn für immer zum Freunde und Anhänger der conservativen Sache machen. Denn der Bauer habe aus Instinct eine allermeist conservative Neigung. Auf dem Reichstage werde der Bauer dann auch die Lehren lernen, die seinen Interessen nahe stehen und dieselben zu fördern suchen. Eine Kreisverfassung, in der das bäuerliche Element eine verhältnismäßige Vertretung finde, werde somit das beste Correctiv gegen die Nachtheile des allgemeinen gleichen Wahlrechts sein. Das allgemeine Wahlrecht sei gestern mit dem Cäsarismus in Verbindung gebracht worden; diese Verbindung sei gewissermaßen gerechtfertigt; aber auch hiergegen hätten wir ein Correctiv in der Natur des deutschen Königthums. Dieses sei der beste Hort gegen den Cäsarismus, indem es ohne von Volkes Gnaden zu sein, doch in treuester Pflichterfüllung die Interessen des Volkes wahrnehme. Das deutsche Königthum sei somit dem Cäsarismus diametral entgegengesetzt, und wenn dies von allen Parteien hoch und fest gehalten werde, würde es die beste Waffe gegen den Cäsarismus sein. (Beifall rechts. Abg. v. Binde gratulirt den Redner.)

Abg. Weber (gegen die Vorlage) erklärt sich für geheime Abstimmung. Das allgemeine directe Wahlrecht, sagt er, ist meine Liebe nie gewesen, indem dadurch die staatsbürgerlichen Rechte einer Menge sozial abhängiger Leute eingeräumt werden, und die Klasse, welche Einfluß auf diese besitzt, herausgefordert wird, sie zu beeinflussen. Dies haben wir ja schon bei den letzten Wahlen gesehen, und es wird bei den nächsten Wahlen noch schlimmer werden. Es kann dies zu einem ganzen System von Beeinflussung und Corruption führen, das die Vortheile dieses Wahlrechts gänzlich wieder aufhebt. Das allgemeine Wahlrecht ist entstanden zu einer Zeit, wo es sich um die Existenz des Staates handelte, bei uns aber scheint es speziell deshalb eingeführt zu sein, um einen Gegenbruch gegen die Mittelklassen und das Bürgerthum auszuüben, welches bisher die freie Trägerin der freien Ideen und der Grundstein der europäischen Staaten gewesen ist. Es können hierdurch Zustände, Katastrophen und Krisen herbeigeführt werden, wie wir sie in einem Nachbarstaate erlebt haben. Es wird jedoch schwierig sein, nachdem das allgemeine Wahlrecht eingeführt ist, es wieder abzuschaffen, und ich hoffe von dem Geiste der deutschen Nation, die gebildet, arbeitsam und mächtig in ihren Ansprüchen ist, daß sie mit diesem Wahlrecht im Interesse des allgemeinen Wohls zu glücklichen und gedeihlichen Resultaten gelangen wird. Wenn man aber das allgemeine gleiche Wahlrecht will, so muß man es auch ehrlich wollen und man muß dem Wähler das Recht geben, jeden zu wählen, zu dem er Vertrauen hat. Es ist bis jetzt im constitutionellen Leben unerhört, daß man die Beamten vom passiven Wahlrecht ausschließt. Es ist dies um so wunderbarer, wenn man bedenkt, wie ansgedehnt in Preußen der Begriff „Beamter“ ist. Wenn man die Beamten ausschließt, so schließt man die Wissenschaft vom Parlamente aus, die Studirten, die Vertreter der Wissenschaft. Allerdings schiden wohl oft auch die höchsten und reichsten Leute ihre Söhne auf Universitäten; daß diese sich aber besonders auf die Wissenschaft legen, ist mir nicht bekannt. (Weiter links, Unruhe rechts.) Sie wollen also die Wissenschaft vom Parlamente ausschließen, und das thun Sie, m. H., in einem Lande, wo die Wissenschaft eine so hohe Stufe einnimmt, in einem Lande, wo zur Zeit der tiefsten Erniedrigung des Landes die fremden Na-

tionen dennoch mit Achtung auf die Gelehrsamkeit desselben blickten, das thun Sie in einem Lande, wo die Wissenschaft so fruchtbar in den Dienst des Volkes getreten und Deutschland dadurch zur ersten Nation der Welt gemacht hat! Wenn es der höchste und edelste Beruf eines Mannes ist, sich dem Gemeinwohl zu widmen und in den Dienst des Volkes zu treten, und die höchste Zierde eines Mannes, sich an den politischen Fragen zu betheiligen, so wird künftig ein Vater seinen Sohn, wenn er ihm die Ehre zu Theil werden lassen will, nicht mehr auf Schulen und Universitäten schicken, sondern er wird ihn ein Handwerk lernen lassen; dann nur stehen ihm die Pforten des Parlamentes offen (Ruf links: sehr wahr!). Wenn Sie diesen Paragraphen annehmen, so werden Sie — mögen Sie Entschädigung geben oder nicht — ein Parlament schaffen, von dem sich die Nation mit Gleichgültigkeit abwendet; die Geschichte wird dann wohl bald darüber hinweggehen; eine dauernde Institution kann dies aber niemals werden (Lebh. Beifall links).

Abg. Thissen (für die Vorlage): Das Zweikammersystem habe jetzt seine Bedeutung verloren, ebenso wie der Feudaladel. Durch den mächtigen Aufschwung des Handels und der Industrie ist ein ganz neuer eigener Adel geschaffen und durch die Macht der humanen Entwicklung der Adel der Intelligenz und der Menschenwürde. Eine allgemeine Bildung durchdringt jetzt das gesammte Volk. In der städtischen und ländlichen Bevölkerung ist gegenwärtig eine Macht von Bildung enthalten, welche man in früheren Jahrhunderten nicht in der Sphäre des Adels antraf. Der Adel hat es ja auch selbst anerkannt, daß er nunmehr seine Interessen mit denen des gesammten Volkes verknüpfen muß, wenn er seine ererbte Würde beibehalten will. Ein vereintes Streben der höheren und niederen Stände ist deshalb jetzt überall sichtbar. Wir mögen uns deshalb wohl hüten, nach vergangenen Zuständen zurückzugreifen. Das deutsche Volk ist conservativ im edelsten Sinne des Wortes; es ist auch dankbar und legt die Sorge für seine Interessen gern in die Hand von Männern, die mit Wohlwollen den Glanz einer hohen Stellung verbinden. So ist es gekommen, daß durch die directe Wahl des Volkes Fürsten, Grafen und Barone in diese Versammlung gekommen sind; und dieser vom Volke verliehene Glanz ist wohl nicht geringer anzuschlagen, als die historischen Reminiscenzen von den Verdiensten der Ahnen. Bewahren wir auch dem künftigen Reichstag diese Gestaltung. Wenn durch die Verweigerung der Diäten das Volk in seiner Wahl verfahren beschränkt wird, daß nur noch große Kapitalisten gewählt werden können, und wenn hieneben noch ein Oberhaus eingerichtet wird, so hat das Volk wohl ein Recht zu sagen: „Wir sind verrathen und verkauft.“ Sehen wir nicht rückwärts auf das alte System, sondern in die Zukunft, sehen wir uns nicht nach einem zweiten Hause um, sondern gründen wir ein einziges großes Haus, wo die höheren und niederen Stände einträchtig wirken für das Wohl des deutschen Vaterlandes. — Abg. v. Lehmen ist gegen die Vorlage, die ein Kopswahlsystem für die Dauer wolle. Er werde für den Entwurf nur dann stimmen, wenn an einer Aenderung das ganze Verfassungswerk scheitern würde.

Abg. Wagener (Neustettin): Wenn er mit dem Maßstabe der Parteipolitik seiner Freunde an die Vorlage ginge, so würde er diesen Artikel verwerfen. Aber er wolle die Versammlung angesehen wissen als eine politische, staatsmännische, von der mit Recht in der Eröffnungsbrede gesagt sei, daß eine gleiche seit Hunderten von Jahren nicht den Thron eines deutschen Fürsten umgeben habe. Ich möchte nicht, — fährt er fort — daß wir durch unsere Verhandlungen diesen Namen verlieren. Darum trete ich an die Prüfung der Verfassungs-Urkunde nicht mit einer bloßen Parteilichkeit heran, sondern ich frage mich höchstens, ob ich von Gewissenswegen diesen Festsetzungen meine Zustimmung geben kann. Wir haben in den letzten Tagen viel von der Verantwortlichkeit anderer Leute gesprochen, aber wir haben nie gesprochen von unserer eigenen Verantwortlichkeit, und es ist in der That der Hauptvorwurf aller deutschen Oppositionen bis heute gewesen, daß sie sich niemals der vollen Verantwortlichkeit ihrer Opposition bewußt gewesen sind. (Ruf: Oho! und Sehr richtig!) Dies vorausgeschickt, trage ich kein Bedenken, mich für den Inhalt des Art. 21 auszusprechen. Ich kann nicht daselbe sagen von allen meinen politischen Freunden. Redner führt nun aus, worin er von den Ansichten mehrerer seiner conservativen Freunde abweiche. Er halte Wahlgesetze überhaupt für formale und untergeordnete Dinge; der Ausfall der Wahlen werde bedingt von den in der Strömung der Zeit vorwiegenden Tendenzen. In Preußen sei ja auch bisher allgemeines Wahlrecht gewesen, man habe nur den Census und die indirecte Wahl, die er als den eigentlichen Herd einer factiösen Opposition und dominirenden Claqueherrschaft betrachte, abgethan. Unsere früheren corporativen Gestaltungen sind im Laufe der Zeit verloren gegangen; es gilt jetzt als Correctiv der allgemeinen directen Wahl neue, den jetzigen Zuständen entsprechende zu begründen. Er verkenne nicht die Gefahren, welche das allgemeine Stimmrecht mit sich bringen könne; aber er wisse kein anderes Gesetz. Es bedarf — fährt Redner fort — keiner besseren Rechtfertigung des allgemeinen directen Wahlrechts als die allgemeine Wehrpflicht. Es ist die Krone aller Pflichten die, sein Leben für den Staat in die Schanze zu schlagen und ich würde es nicht wagen zu vertheidigen, daß ein Krämer in Berlin, weil er einen größeren Geldbeutel besitzt, mehr Recht zum Wählen besitzen müsse, als Jemand, dem dieser Geldbeutel fehlt, der aber aus der Schlacht bei Königgrätz mit dem Militair-Ehrenzeichen erster Klasse zurückkehrt. Ein Hauptvorzug des allgemeinen, directen Wahlrechts liegt meiner Ansicht nach darin, daß dasselbe manche sociale und politische Existenzen in Frage zu stellen beginnt und deswegen diese sociale Existenzen zwingen muß, ihre Stellung zu ver-

theidigen und ihre Berechtigung durch soziale und politische Thaten auch ihrerseits nachzuweisen. Das wird die Heilung unserer Zustände sein, und wenn wir noch so viel sprechen von den Gefahren des Cäsarismus, so frage ich Sie, wer sind denn die Leute, die den Cäsarismus zu Hilfe rufen, wer sind denn die Bevölkerungsschichten gewesen, die denselben in Frankreich möglich gemacht haben? Das ist die eitle, feige und muthlose Bourgeoisie, die stets nur ihren Geldbeutel zu retten sucht. (Bravo.) Darum — und das sage ich namentlich den Herren von der linken Seite des Hauses — darum die Vorwürfe nur immer an die richtige Adresse gerichtet, und wir werden uns über viel Fragen weit leichter verständigen als bisher! Ich gehöre auch zu denen, die, wenn es sich bloß um Parteianschauungen handelte, ein Oberhaus für ganz unentbehrlich halten würden. Aber so wenig ich ein gutes Wahlgesetz im Augenblicke zu machen weiß, eben so wenig würde ich im Stande sein, Ihnen auch nur die Grundzüge eines deutschen Oberhauses vorzulegen, und ich möchte daher auch namentlich den Hrn. Abg. Zachariae bitten, selbst das Geschäft zu übernehmen. Ohne das, glaube ich, sind derartige Amendements nur Amendements nach der Melodie: „Lieber Vater, mal er mir“. — Was die Beamtenfrage betrifft, so werden Sie, da ich jetzt selbst die Ehre habe, preuß. Beamter zu sein, es mir vielleicht eher gestatten, für die Ausschließung derselben zu sprechen. Ich streiche mich zwar damit selber aus der parlamentarischen Weltgeschichte, aber mit dem Bewußtsein, nicht allzu unentbehrlich zu sein. Es giebt nur wenige Verfassungen, die nicht das Beamtenthum entweder vollständig oder doch theilweise von der Wählbarkeit ausgeschlossen haben, und selbst die Verfassungen der freiheitlichsten Republiken schließen mit einer gewissen Konsequenz alle die Kategorien von Beamten aus, an die eigentlich gewöhnlich der Anspruch gestellt wird, über den Parteien zu stehen, die Kategorie der Geistlichen und Richter. In Bezug auf den Modus der Abstimmung, ob öffentliche oder geheime Abstimmung, wünsche ich kein Amendement und werde für den Entwurf der Regierung stimmen. Bis jetzt halte ich die öffentliche Abstimmung für das Richtige. Schließlich fordert Redner die Abgeordneten auf der linken Seite auf, dem Beispiele der Conservativen zu folgen und sich der Amendements zu enthalten (Bravo rechts).

Abg. v. Below (gegen den Art. 21): Die künftige Zusammensetzung des Reichstages wird ein Hauptfactor der kommenden Entwicklung der deutschen Verhältnisse sein. Um so größere Vorsicht ist bei dem Wahlgesetze anzuwenden. Ich habe zwar als Mitglied des Herrenhauses möglichst darauf hinzuwirken gesucht, das Wahlgesetz für diesen Reichstag möglichst auf der Grundlage zu Stande zu bringen, auf welcher wir jetzt hier beisammen sind. Ich habe mich gefreut, eine so respectable Versammlung hier zu finden, die ohne Beeinflussung, selbst ohne die Aussicht auf Diäten hier zusammengelassen ist. (Hört! hört!) Meine principielle Besorgniß vor dem allgemeinen Wahlrecht ist aber damals zurückgehalten worden durch die Betrachtung der gerade vorhandenen Situation. Ich hatte Vertrauen zu der damaligen erhöhten Stimmung, zu dem damaligen erhöhten Vertrauen zu dem weltlichen Leiter der Geschicke des Landes. Die allgemeine Wehrpflicht, die nicht nur eine militärische, sondern zugleich eine politische Schule ist, machte damals Propaganda für die Wahlen. Den demagogischen Untrieben standen damals die aus dem Felde heimgekehrten Soldaten gegenüber, und ihren Erzählungen von dem Heldenkünige mit ist es zu verdanken, daß fast überall so günstige Wahlen stattfanden, daß namentlich in den äußersten Grenzen der Monarchie, in der Wiege von „Jung-Litthauen“ statt demokratischer Candidaten Prinzen des königlichen Hauses, Mitglieder des Herrenhauses in den Reichstag gewählt wurden. In solchen erhöhten Zeiten kann man mit Recht von einer vox populi vox dei sprechen. Es kann nicht alle Tage eine Schlacht bei Königgrätz geschlagen werden; die materiellen Interessen werden sich von Neuem geltend machen, der Magen wird sein Recht verlangen, und zu der Gleichheit der Rechte wird wieder das Streben nach Gleichheit der Genüsse in den Vordergrund treten. Die unteren Schichten des Volkes, denen doch Niemand ein übergroßes Maß von politischer Weisheit zuschreiben wird, werden wieder ein günstiges Wirkungsfeld demagogischer Untriebe werden. Und nun wollen wir die Entwicklung der deutschen Zustände zum Opfer bringen einer aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgehenden Versammlung ohne den natürlichen Ballast der hohen Steuern und des Besitzes? Ohne diesen Ballast wollen wir in die hohe See einer unbekannt Zukunft hineinsteuern? Ich halte das für unmöglich. — Redner empfiehlt schließlich ein Wahlgesetz nach Art des früheren Wahlgesetzes für die erste preuß. Kammer, spricht über die Nothwendigkeit eines Oberhauses, der Ausschließung der Beamten, der Verweigerung von Diäten und schließt mit der Hoffnung, daß die oben geschilderte gehobene Volksstimmung noch bis zu den Wahlen für den nächsten Reichstag vorhalten werde, der dann mit der Ruhe, die bei der Schaffung von neuen Verhältnissen doppelt nothwendig sei, ein definitives Wahlgesetz herstellen werde.

Abg. Grumbrecht (Hannover): Auch ich hatte und habe die größte Furcht vor den Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts, und wäre ich noch zweifelhaft gewesen, von welchem Standpunkte aus uns dasselbe geboten wird, so würden mir die Ausführungen des Abg. Wagener auch den letzten Zweifel darüber genommen haben. Man will es brauchen, um unsern Mittelstände entgegenzutreten, unsern Mittelstände, auf dem doch zum großen Theile die Entwicklung unseres Staates beruht. Daher erklärt sich die plötzliche Freundschaft mancher Conservativen für das allgemeine Wahlrecht. So viel ist aber gewiß, wir müssen stehen und fallen mit dem allgemeinen Wahlrecht und ich will nur hoffen, daß nicht einmal die überwuchernde Demokratie Manches niederreißt, was wir jetzt aufbauen. Die Möglichkeit eines Zweitmäßigkeits eines Oberhauses zu besprechen, halte ich nicht eher für am Orte, bis uns einmal ein Redner auch die Gründe dafür angeführt hat, wovon ich bisher nichts vernommen habe. Was die Ausschließung der Beamten betrifft — ein Punkt, der auch mich persönlich angeht, denn ich bin Gemeindebeamter und nach der Fassung des Entwurfs werden ja auch diese bis zum niedrigsten Dorfschulzen hinab von der Wählbarkeit ausgeschlossen, — so würde man in Hannover das gar nicht begreifen können, wo von jeder namentlich die Gemeindebeamten eine ganz andere Stellung eingenommen haben, als hier in Preußen. Ich erkenne an, daß hier in Preußen der Widerstand gegen die Regierung hauptsächlich vom Beamtenthum getragen wurde; aber wenn dieser Umstand die preußische Regierung zu dieser allgemeinen Be-

stimmung verblendet hat, so handelt sie damit, wie ein schlechter Arzt, der statt die Krankheit zu kuriren, das Symptom kurirt. Denn jener Widerstand war nur die Folge einer Krankheit des innern Staatslebens. Dem möge aber sein wie ihm wolle, ich bin überzeugt, daß auch ein sehr natürliches Gefühl der Empfindlichkeit eines Chefs, wenn seine Beamten sich gegen ihn auflehnen, in dieser Bestimmung Platz gegriffen hat. Das ist sehr erklärlich, aber davon darf man sich doch nicht so sehr leiten lassen, um in Folge dessen der öffentlichen Meinung Deutschlands ins Gesicht zu schlagen. Und die öffentliche Meinung, sogar wenn sie unverständlich ist, muß immer berücksichtigt werden. Und hier zumal ist sie in ihrem vollen Rechte. Wenn eine große Klasse derjenigen Staatsbürger, die sich bisher fast ganz vom öffentlichen Leben fern gehalten haben, erst einen Beruf in sich fühlen, sich so wie in England am öffentlichen Leben zu betheiligen, dann möchte eine derartige Bestimmung noch hingehen, aber in diesem Augenblicke sind wir dazu nicht im Stande. Es mag sein, daß Vieles in dieser Verfassung steht, was nicht gefällt. Der Hr. Ministerpräsident hat uns mit Recht gesagt, wir sollten uns hüten, Bestimmungen in die Verfassung hineinzubringen, welche die Zustimmung der andern Regierungen erschweren. Aber auf der andern Seite haben wir die Verpflichtung, dem Entwurfe diejenigen Verbesserungen hinzuzufügen, welche ihm die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages und der Mehrheit des Volkes sichern. Bedenken Sie wohl, daß, je mehr Mängel Sie darin stehen lassen, auch hier im Reichstage die Zahl derer, die später zu dem ganzen Entwurfe Nein sagen werden, sich vermehrt, die in ihrem Gewissen sich dazu gedrungen fühlen werden.

Abg. Windthorst erklärt sich für öffentliche Stimmabgabe, gegen Ausschluß der Beamten, von denen es 190 in dieser Versammlung gebe, und für ein Oberhaus, welches die Interessen der Einzelstaaten und der Aristokratie schütze. Die Aristokratie hat Ferien, sei gesagt worden; sie mache sich leider viel Ferien, aber sie habe keine. Der Abg. Zachariae verdient den Dank, nicht den Hohn der Conservativen. Die Rechte der Standesherren, welche die Bundesacte schütze, sind im Entwurfe vergessen. An Elementen zum Oberhaus fehlt es in Deutschland nicht. Abg. Planck spricht gegen die Errichtung eines Oberhauses. — Abg. v. Seydel: Das allgemeine Wahlrecht war stets der Anfang vom Ende, die Wendung zu ihm eine sophistische Besetzung der wahren liberalen Grundzüge, und gut gemeint eine Anticipation des tausendjährigen Reiches. Das allgemeine Wahlrecht auf die allgemeine Wehrpflicht zu basiren, ist mehr eine poetische als politische Idee; schließt doch die Bestimmung des Alters von 25 Jahren für das active Wahlrecht gerade die junge Mannschaft im Dienst aus. Jenes Recht und diese Pflicht lassen sich nicht gliedern, sonst müßten die commandirenden Generale, die wir hier sehen, auch an der Wahlurne commandiren. Die allgemeine Wehrpflicht giebt den Anspruch auf alle bürgerlichen, aber nicht auf politische Herrschaftsrechte, nicht auf das Recht den Gesetzgeber zu machen. In England kannte man den Gedanken des allgemeinen Wahlrechts bis zum Anfang dieses Jahrhunderts gar nicht, erst seit 1833 begann eine neue Entwicklung, von der Niemand sagen kann, ob sie zu etwas besserem oder zu einer Euthanasie des Parlamentarismus führen wird. Wie das allgemeine Wahlrecht auf „die Erziehung“ des französischen Volkes wirkte, lehren die letzten 17 Jahre. Es ist begreiflich, daß wir es diesmal brauchen, aber nicht, daß die Vertretung des Bundes dauernd auf diese französische Basis gestellt wird. Denn es appellirt an die Leidenschaften, das indirecte Wahlsystem an die Vernunft. Wir hatten in einem Jahre 4000 Studierende und 44,000 Schüler im Lande. Daraus folgt, daß von 19 Millionen Preußen nur 1 Million die nothwendigste Schulbildung hat. Das preußische Wahlgesetz kann immerhin beibehalten werden. Der Cäsarismus ist allerdings die Folge des allgemeinen Stimmrechts; 1850 sagte ein französischer Staatsmann: „bei uns entscheiden nur materielle Kräfte. Die Armeen haben wir, den Acker und die Arbeiter werden wir bekommen; was von geistiger Kraft da ist, bedeutet nichts, wie etwa in Deutschland.“ Das allgemeine Stimmrecht ist die Diktatur der Demokratie. Ihr Gegentheil ist das deutsche Königthum; aber man soll es durch Zuführung so massiver Elemente nicht verfälschen.

Graf Bismarck: Das allgemeine Stimmrecht ist uns gewissermaßen als ein Erbtheil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen überkommen. Die Reichsverfassung enthielt es; wir stellten es im 3. 1863 den Bestrebungen Oesterreichs entgegen, und ich kann nur einfach sagen, daß ich kein besseres kenne. Es hat auch seine Mängel, um die vernünftige Volksmeinung vollständig zu photographiren und en miniature wiederzugeben, und die verbündeten Regierungen hängen nicht so an ihm, daß sie nicht ein besseres annehmen würden; aber es ist keines da. Die verbündeten Regierungen haben nicht etwa ein tiefangelegtes Complott gegen die Bourgeoisie mit diesem Wahlgesetze machen wollen, sondern wir nahmen, was vorlag. Was wollen die Herren, die gegen dieses Wahlgesetz sind, an seine Stelle setzen, was der Beschleunigung entspricht, die wir bedürfen? Das Dreiklassensystem! Wer seine Wirksamkeit in der Nähe beobachtet hat, der wird mit mir sagen: ein unvollkommenes, elenderes Wahlgesetz hat es nie gegeben, das Alles zusammenwirft, was nicht zusammengehört und Alles auseinanderreißt, was zusammengehört, das in jeder Commune etwas Anderes bedeutet, das den Einnern in die zweite Klasse weist, weil er sieben Silbergroschen weniger Steuer zahlt, als die erste, das in dem einen Wahlort eine erste Wählerklasse schafft, die in dem Nachbarorte die zweite ist. Hätten die Erfinder dieses Systems seine Wirksamkeit gekannt, ich glaube, sie hätten es nicht eingeführt. Eine Härte liegt in jedem Wahlsensus, da wo derselbe abreißt und die Ausschließung anfängt, zu Ungunsten dessen, der die vorgeschriebene Steuer gern zahlen möchte, aber noch nicht so viel erworben hat, um sie zahlen zu können. Ein ständisches Wahlgesetz hat noch Niemand vorgeschlagen. Im Allgemeinen stimme ich der Ansicht bei, daß alle Wahlgesetze unter denselben Verhältnissen und Strömungen dasselbe Resultat liefern würden, und bin überzeugt, daß, wenn wir heute auf der Basis des vereinigten Landtages, an die Bedingung des zehnjährigen Grundbesitzes gebunden, gewählt hätten, wie hier ungefähr dieselbe Versammlung haben würden. Erfahrung zeigt mir seit 1847 dieselben parlamentarischen Männer, sie haben nicht gewechselt und ich sehe stets dieselben theils lieben, theils kampfbereiten Gesichter wieder. (Heiterkeit.) Wenn wir uns in diese Diskussion vertiefen, müßten wir die Bibliotheken der letzten dreißig Jahre durchsprechen. Die indirecten Wahlen sind eine Fälschung der Wahl und der Meinung der

Nation. Von den Halbtrugstufen, die zwischen den Wählern und den Abgeordneten liegen und auf denen durch den zweifachen Wahlaact so viel verloren geht, daß der Wahlmann unter Umständen nur die Hälfte der Wähler plus 1, der Abgeordnete nur die Hälfte der Wahlmänner plus 1 und schließlich die Vertretung nur einen Theil der Nation repräsentirt, scheiden wir durch die directe Wahl wenigstens eine dieser Stufen aus. Zum Auffuchen des Abgeordneten in weiten Kreisen braucht das Volk seine Intelligenz. Auf den Wahlmann wirkt die lokale Agitation und die Gevatterschaft, die allgemeine Wählerchaft zu gewinnen und auf sie zu wirken, dazu bedarf es eines bekannten Namens und einer bedeutenden Erscheinung. Ich habe den Eindruck, daß diese Versammlung ein Zeugniß dafür ablegt und hoffe, daß das hohe Haus für diese indirecte Schmeichelei empfänglich sein wird. (Heiterkeit.) Ein Oberhaus wird jedem Conservativen willkommen sein, in welchem die Stufen, die zu viel zu verlieren haben, als daß sie mit dem Staate experimentiren. England hat eine große Anzahl solcher königlicher, desinteressirter, auf dem socialen Gebiet satter Existenzen, die Alles haben, was sie wünschen und sich nur noch frei dem Staate widmen können. Wir aber wollten die Verfassungsmaschine nicht noch durch ein viertes Glied complicirter machen, dessen Einschlebung zwischen Bundesrath und Reichstag schwer sein würde. Im Bundesrath sind die einzelnen Staaten als solche vertreten, der König von Preußen als primus inter pares. Den Plan eines Oberhauses, dessen Mitglieder vermehrt werden können, würde ich nie wagen, einem Herrn, wie dem König von Sachsen zu unterbreiten. Unsere Verfassungs-Maschine kann schon durch einen Zwiespalt zwischen Bundestag und Reichstag zum Stillstehen gebracht werden, wie in jedem Zweikammersystem; das Oberhaus schaffe aber ein Dreikammersystem. — Was die Ausschließung der Beamten betrifft, so ist schon von anderer Seite das Bedenken ausgesprochen worden, daß Beamte zu sehr geneigt sind, der Regierung, der sie dienen, im partikularen Sinne zu secundiren. Für mich ist der Hauptgrund die Gefahr der Lockerung der Disziplin im Beamtenthum. Wir haben in Preußen die Unabsehbarkeit gewisser Kategorien aus der Zeit des unumschränkten Regiments in das constitutionelle System mit hinübergenommen und die Regierung fühlt sich dadurch gehemmt auf allen Seiten. Ich möchte am wenigsten der Integrität unseres Beamtenthums, seinem Selbstgefühl bei oft unzulänglicher Befolgung zu nahe treten, sondern will lieber die Uebelstände einer geuiten Regierung noch länger ertragen. Aber wir bedürfen aller Mittel, um die Disziplin des Standes gegen Lockerung zu schützen. Es verbreitet Unbehagen und beweist, daß etwas im Staate krank sein müsse, wenn der Beamte in den öffentlichen Debatten gegen seinen Chef eine Sprache führt, die derselbe Beamte zu wohlgezogen ist, um sie zu Hause gegen seinen Kanzleidiener zu brauchen (Widerspruch links). Ich bin für vollkommenen Freimuth im schriftlichen Verkehr des Beamten mit seinem Chef, aber öffentlich darf er mir nicht die Achtung versagen, auf die ich in meiner öffentlichen Stellung Anspruch habe. — Für die Ausschließung der richterlichen Beamten, die mehrere Verfassungen kennen, spricht der Umstand, daß Parteikämpfe auf die Unabhängigkeit der Richter nicht ohne Einfluß bleiben können. Ich habe darin eigene Erfahrungen gemacht. Während der letzten Jahre wurden mir oftmals Straf-erkenntnisse wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten mit der Anfrage vorgelegt, ob ich ihre Veröffentlichung wünsche. Zuweilen, nicht immer, habe ich sie gelesen und gefunden, daß für Ausdrücke, wie sie ein Handwerker gegen einen andern Handwerker nicht ungestraft gebrauchen darf, auf eine Geldstrafe von 10 Thln. erkannt worden ist. Für 10 Thlr. hatte Jeder die Freiheit, die schmachvollsten Beleidigungen zu sagen. Zuweilen wurde als mildernder Umstand angeführt, dies Ministerium tange wirklich nichts. (Anhaltende Heiterkeit.) Die Aufrechterhaltung des Art. 21 ist für mich keine Cabinetfrage; aber es würde mich freuen, wenn entweder das Amendement des Grafen Schulenburg angenommen oder das andere, das den Zwangswahl für Beamte vorschreibt, abgelehnt würde.

Abg. Dr. Meyer (Thorn), (für die Vorlage): Ich bin zunächst für die Annahme des allgemeinen directen Wahlrechts als Grundlage der Verfassung; aber mit geheimer Abstimmung; denn ohne geheime Abstimmung wird es dem Wohle der Nation nicht dienlich werden, da nur die geheime Abstimmung die Freiheit der Abstimmung sichert. Sodann bin ich aber dafür, daß Art. 2, welches die Wählbarkeit der Beamten ausschließt, gestrichen wird. Hierbei fühle ich mich gedrungen, auf die Worte, die Graf Bismarck gegen den Richterstand gesprochen hat, zu erwidern. Im Gefühl des gewissenhaften Mannes muß ich den preussischen Richterstand gegen die Angriffe in Schutz nehmen, die in den Worten des Grafen Bismarck zwar nicht direkt ausgesprochen, aber doch zwischen den Zeilen in einer nur zu sehr verständlichen oder vielmehr mißverständlichen Weise ausgedrückt sind. Wenn er aus den Gründen eines Erkenntnisses die Folge zieht, es sei erlaubt, für 10 Thaler einem Minister alle Invektiven zu sagen, so bitte ich nur das Eine zu beachten: Wir tranken in unserm politischen Leben an einem falschen Begriff der politischen Beleidigung und der politischen Ehre. Es ist ein großer Unterschied, ob ich einem Privatmann eine Beleidigung sage oder einem Rathe der Krone gegenüber, von dem ich glaube, daß irgend eine seiner Handlungen unheilvolle Folgen für das Land haben werde. Und an den Erfahrungen, die wir mit den Preßprozessen gemacht haben, ist weniger unser Preßgesetz Schuld, als der Umstand, daß kein gesunder Begriff von demjenigen vorhanden ist, was zur politischen Ehre gehört. Wenn dieser Begriff rectificirt wird, dann werden wir weniger Preßbestrafungen, aber strengere Strafen dafür haben; und das ist viel gesunder und viel richtiger. — Das Motiv für den Ausschluß der Beamten scheinen jene Herren aus den Erfahrungen der preuß. Vergangenheit genommen zu haben. Es erscheint mir aber nichts unrichtiger, als zu exemplificiren aus den Erfahrungen der letzten Jahre, und ich hoffe, daß bald die Zeit kommt, wo man sagt: es war eine Ausnahmezeit. Die Inbenedictität, die den Ministern vom preuß. Abgeordnetenhause ertheilt worden ist, dürfte sich wohl auch beziehen auf Alles, was sonst vorgekommen ist. Hierzu kommt, daß die Beamten der Einzelstaaten im Reichstage ja nicht ihren Respekt, sondern den Bundesbeamten gegenüber stehen, zu denen sie sonst gar keine Beziehungen haben. Durch den Ausschluß der Beamten würde denselben die gute Schule entzogen, welche sie in den Beratungen des Reichstages finden; außerdem ginge dem Reichstage eine bedeutende Summe von Intelligenz verloren. Wenn die Wähler nicht

Unsere gestern vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hierdurch ergebenst an.
F. W. Lehmann,
Johanna Lehmann,
geb. Käfer.
Danzig, den 29. März 1867. (10441)

Heute Vormittags 11 Uhr wurde meine liebe Frau von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.
Neuteich, den 28. März 1867.
(10411) **Otto Doering.**

Nachdem er lange und schwer gelitten, entschlief gestern Abends sanft der Kreisarzt **Moritz Pfeffer.** Tief betrübt zeigen dies an die Hinterbliebenen.
Danzig, den 29. März 1867. (10434)

Heute früh 4 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit an Altersschwäche im 90. Lebensjahre unsere liebe Schwester, Tante, Großtante und Urgroßtante, Frau
Charlotte Andrae, geb. Krause,
welches hiermit tiefbetäubt statt besonderer Meldung allen Freunden und Bekannten anzeigen
(10432) **die Hinterbliebenen.**

Berichtigung.
Aus Versehen der Druckerei wurde in der gestrigen Abendausgabe dieser Zeitung die Anzeige betr. den „notwendigen Verkauf der den Erben des Friedrich Jacob Ludwig Schmidt in Klein- und Groß-Waldsdorf gehörigen Grundstücke“ wieder inserirt; die Subhastation ist aber durch Verfügung des hiesigen Kgl. Stadt- und Kreisgerichts a. d. 15. Februar c. (siehe No. 4087 d. Z.) aufgehoben und der am 23. Mai c. anberaumte Bietungstermin als fortfallend erklärt worden.

Parlamentswahlen.
Am Sonntag, den 31. März c.,
Vormittags 11 Uhr,
findet
im großen Saale
des **Schützenhauses**
eine Vorberatung über die am Montag stattfindende Wahl statt, zu welcher wir die liberalen Wähler einladen.
Das Wahlcomité
der **Wählerversammlung v. 5. März c.**
Albowski, Andro, Augustin, Böhm, Barnid, Benedix, Borschte, J. Brandt, F. Brandt, Canow, Düring, Drevitz, Devrient, H. v. Dühren, J. Gibione, Grundt, Gurski, Hartwig, L. Hoemken, B. Hauptmann, Dr. Hein, Holz, M. A. Haffe, Hopp, Jänisch, Jabobowski, Jansen, Klotz, Kuhl, J. C. Krüger, Joh. Krause, Krent, J. W. v. Kampeu, Koch, J. A. Krüger, Liebert, Lipte, v. d. Lippe, Liegnitz, Lieb, Lemberg, Liebau, G. Lidjett, C. E. Meyer, A. Nomer, J. Nomer, Ad. Meyer, Ph. Mertens, S. Möller, Naglo, Mellien, Neuenborn, Niedball, Niedball jun. Nösel, S. Nösel, Oldendorf, Paninski, Dr. Pivto, A. Prina, Preuß, S. Ricker, Riemed, Rohloff, Radewald, de la Roi, Sachwe, A. Schneider, J. C. Schwarz, Spalding, Schulz, Sietoff, Dr. Semon, Dr. Stein, C. Schmidt, Schottler, Schönicke, H. Stobbe, Schwarm, Sperber, Storka, Stahl, J. Schwarz, Timm, de Beer, Behlow, Bergien, Witt, Wuldom, J. S. Wolff, Weiß, M. F. Zander, Ziegler, Zimmermann.
Von heute ab
feinste Tischbutter,
pro Pfund 9 Gr., bei
(10438) **W. J. Schulz, Langgasse 54.**

Gingelegte Früchte zu Compots, als:
Aprikosen, Birnen, Ananas-Erdbeeren, rote und weiße Birnen, Chinosis, ausgekeimte Kürbisse, Reineclauden, Zitronellen und Pfämen, sowie alle Sorten Gelees in kleinen Gläsern empfehle ich zu herabgesetzten billigen Preisen
(10437) **W. J. Schulz, Langgasse 54.**

Borzügliches Möbelwachs,
zum Aufpoliren der Möbel, à Pfd. 12 Gr., empfiehlt
P. Herrmann, Kohlgasse 1. (10442)
Täglich frisch und geräucherter
Lachs,
so wie frisch zubereiteter (10425)
Caviar
ist zu haben bei **S. Möller, Breitgasse 44.**

Von Mauersteinen billiger Verkauf Brod-
bännergasse 5, im Comtoir. (10427)

Großes Möbelfuhrwerk,
Instrumenten- und Reifefuhrwerk empfiehlt
C. Heilmann, Wwe., Heiliggeistig. 102.

Chester-Käse, prima Schweizer-Käse, Edamer Käse, holl. Süßmilch-Käse, Limburger Käse, Brioler Käse, Bayerischen Schweizer-Käse, Gultzer Sahnen-Käse, Holsteiner Frühstücks-Käse, Schweizer Kräuter-Käse, alten Werder-Käse, fromage de Neuschatel, fromage de Camembert, fromage Mont d'or
empfiehlt
(10429) **A. Fast, Langenmarkt 34.**

Algier, Blumenkohl, frische Kar:offeln, Kopf-Salat, Hamburger Rauchfleisch, Gothaer Cervelat-Wurst, Räucherlachs, Mährischer Caviar, Bumpnickel empaßelt
A. Fast, Langenmarkt 34.

Gulmer Credit-Gesellschaft T. G. Kirstein & Co.
in Culm.
Die ordentliche General-Versammlung unserer Actionäre findet
Sonnabend den 30. März c., Nachmittags 3 Uhr,
im Saale des „Schwarzen Adler“ hier selbst statt.
Tagesordnung:
a. Bericht des Aufsichtsraths.
b. Bericht des persönlich haftenden Gesellschafters über die Lage des Geschäfts unter Vorlegung der Bilanz.
c. Wahl zweier statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsraths.
d. Wahl einer Commission von drei Mitgliedern zur Prüfung und Decharge der Bilanz, der Bücher und der Rechnung.
e. Berathung und Beschlussfassung über etwaige Anträge, welche vor der General-Versammlung angemeldet worden.
Nur die Inhaber der Actien sind nach § 10 der Statuten stimmberechtigt. Der Aufsichtsrath der Gesellschaft wird von 2 Uhr ab am Versammlungstage im obigen Locale anwesend sein, um die Stimmberechtigung der Actionäre nach Maßgabe der von denselben zu präsentirenden Actien festzustellen.
Abwesende können sich durch Mandatare aus der Zahl der Commanditisten und zwar auf Grund einer privaten Vollmacht vertreten lassen.
Die General-Versammlung ist beschlussfähig, wenn in derselben die Hälfte des Actienkapitals und ein Drittel der Stimmen vertreten sind.
Die auf 7 % propinnte Dividende kann vom 1. April c. ab im Geschäftslokale unserer Gesellschaft gegen Einlieferung der Dividendscheine pro 1866 in Empfang genommen werden
Culm, den 22. März 1867. (10242)

**Die Neuheiten für das Frühjahr in modernsten Stoffen für Ueberzieher, ganze Anzüge, Bein-kleider und Westen, sind durch directe englische und französische Beziehungen und durch das Eintreffen der von mir in Frankfurter Messe gekauften Waaren complet. Das Lager bietet sowohl in Mustern als Farben viele ganz besonders neue Sachen in unvergleichlich reicher Auswahl.
Preise billigt und fest.
Haltbare und kleidsame Stoffe für Knaben-Anzüge in reicher Auswahl zu billigsten Preisen.
F. W. Puttkammer.
(10420)**

Holz-Auction.
Circa 8000 Fuß Zoll. sichte Bohlen in Längen von 12 bis 45 Fuß,
= 1000 = 2 = dito = 12 bis 30 =
= 10000 = 1½ = Dielen = 12 bis 45 =
= 10000 = 1 = dito
= 1000 = 1 = eichene Dielen,
= 1000 = 1½ = dito
= 500 = eschene Bohlen,
= 200 = lindene dito
= 200 Stück sichte Mauerlatten
sollen für betreffende Rechnung (10439)
Dienstag, den 2. April c., Vormittags 10 Uhr,
auf dem ehemals Storka'schen Holzfelde, vor dem Seeenthore an der rothen Brücke, durch Auction verkauft werden.
Der Zahlungstermin wird bei der Auction bekannt gemacht werden.
Hauptsächlich den Herren Bauunternehmern wird diese Gelegenheit zum vortheilhaftesten Einkauf empfohlen.
Nothwanger, Auctionator.

Churingia,
Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt.
Grund-Capital 3,000,000 Mk., wovon 2,243,000 Mk. begeben.
Die seit 1853 bestehende Gesellschaft schließt gegen feste und billige Prämien:
1. **Feuerversicherungen** aller Art;
2. **Lebensversicherungen**, namentlich Lebenscapital-, Leibrenten- und Passagier-Versicherungen, letztere für Reisen aller Art, so wie Versicherungen zur Versorgung der Kinder;
3. **Transportversicherungen** auf Waarentransporte per Fluß, Eisenbahn oder Frachtwagen.
Anträge nehmen entgegen und ertheilen nähere Auskunft die Agenten:
Secrätär Sietoff in Ohra No. 274 (Danzig, Meißergasse 88),
Fr. Sczerspntowski in Danzig, Reitbahn 13,
C. Rudenick in Danzig, Altstadt, Straben 103,
H. Bober & Co. in Elbing,
Robert Knoch in Elbing,
J. Rosenber in Marienburg,
Actuar Th. Karlewski in Stuhm,
Rebent Weber in Christburg,
C. Schilling in Berent,
Ed. Brandt in Rosenberg, (10407)

Die Haupt-Agentur:
Biber & Henkler,
Danzig, Brodbännergasse 13.

Das Möbel-, Spiegel und Polster-Waaren-Magazin
(4. Lamm No. 13)
von **A. Gohrband**, vormals **N. Siefbrecht**, empfiehlt seinen Vorrath der modernsten Möbel aller Art in Mahagoni, Birken, Eichen und gestrichenen Arbeiten in vorzüglichster Qualität zu soliden Preisen.
Auf Verlangen werden ganze Garnituren nach genauesten Bestimmungen übernommen und aufs Pünktlichste und Neellste ausgeführt.
Das Sarg-Magazin,
4. Damm No. 13,
empfiehlt seinen Vorrath von eichenen, eschenen und sichteenen Särgen in allen Größen zu ganz soliden Preisen.
(10326) **A. Gohrband.**

So eben erhielt ich die zweite Frühjahrs-Sendung der neuesten Filzhüte für Herren und empfehle dieselben in gestieft und weich neben meinem reichhaltigen Lager von Seidenhüten in großer Auswahl. Gleichfalls erlaube mir noch als Novitäten auf die Hüte **veloute, trichine, japonais, tigré, drapé und **corinth** in den geschmackvollsten Facons und Farben aufmerksam zu machen.
Th. Specht,
Breitg. 63.
NB. Eine große Partie schwarzer, gestiefter Filzhüte zu bedeutend herabgesetzten Preisen. (10421)**

Wichtig für Leidende.
Dr. Weber's Lebenspillen für verlorene oder geschwächte Mannesträfte. Preis 2 Thlr. Pollutionen, Krankheiten, Schwäche, stände heilt rasch und sicher (10398)
Dr. A. N. Weber in Thonberg b. Leipzig.
Ein echt engl. getigerte Bulldogge, 1 Papagei und 1 Affe sind Baumgartschg. 44, pt. z. v.

Die mit vielen Neuheiten ausgestattete Musterkarte für **Sonnenschirme** liegt jetzt mit fester Preisberechnung zur gefälligen Auswahl bereit und werden Bezüge wie Reparaturen aufs schnellste ausgeführt in der Schirmfabrik von **F. W. Dölner, Jopengasse 35.**
NB. Das Schirmlager erhält jetzt täglich neuen Zuwachs und ist eine Partie älterer Schirme zum Ausverkauf gestellt. (10387)

In dem schönen Fäschenthal bei Danzig ist ein Garten-Grundstück (rentables) zu verkaufen. Abz. werden unter No. 10410 in der Exped. d. Z. erbeten.
60 Ctr. **Seradella-Samen** in vorzüglicher Qualität, für dessen Keimfähigkeit Garantie geleistet wird, ist pro Ctr. 7 Thlr. zu haben loco Gut Grzybau bei Berent. (10413)

Neue prachtvolle **Gardinenzeuge** in gek. Füll, Mull, Filz, Gaze, à 4 Gr., 5 Gr., 7½ und 10 Gr., empfiehlt in bekannter Güte (10402) **Philipp Sohn, Heil. Geistg. No. 117.**

800 veredelte Obstbäume,
1-2" stark, welche an nassen Boden gewöhnt sind, überläßt zu billigen Preisen der **Lehrer Gast zu Glabitz, Danz. Nebrung.** (10373)

Eine Besingung von 600-800 Mg. magd. wird sogleich oder später unter annehmbaren Bedingungen zu pachten gesucht. Adressen unter 10399 in der Exped. d. Ztg. einzureichen.

Guts-Verkauf.
Ein Gut von 1168 Morgen groß, Weizen-Boden, davon 210 Morgen 2-schmittige Weizen, das Uebrige alles Ackerland; Aushaat 100 Morg. Weizen, 150 Morg. Roggen, 30 Morg. Haublen. Inventarium ganz vollständig mit 750 Schafen. Gebäude neu, soll für den Preis von 67,000 Thlr. bei 20,000 Thlr. Anzahlung verkauft werden. Alles Nähere bei **F. A. Deschner, Heil. Geistgasse No. 92.** (10415)

Ein kleiner Rest alter Portwein ist flaschenweise billig zu verkaufen **Langenmarkt No. 25.** (10417)

1 mass. Grundstück mit einem Doppelstetter (Geschäftsbaus), auf dem Holzmarkt gelegen, ist aus freier Hand zu verkaufen. Meldungen werden unter No. 10409 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.
Ein zuverlässiger, mit guten Zeugnissen versehen und in schriftlichen Arbeiten bewandter Mann sucht Beschäftigung. Adressen werden unter 10400 in der Exped. d. Ztg. erbeten.
werden ohne Einmischung
4000 Thlr. eines Dritten auf ein ganz neu erbautes massives Grundstück zur 1. Stelle gesucht. Werth 11,000 Thlr. Abz. unter No. 10428 in der Exped. d. Zeitung.

Jede Art v. Geldgeschäften wird schleunigst besorgt durch (10388)
P. Pianowski, Poggenpuhl 22.

Langenmarkt 7 ist eine Comptoir-Einrichtung zu vert.
Freitag und Sonnabend **Fischeffen.**
(10418) **Woyczuch, Hundeballe.**

Gewerbe-Verein.
Sonntag, den 31. d. M., und Dienstag, den 2. April, wird **Mr. W. Finn** für die Mitglieder unseres Vereins in unserm großen Saale eine Vorstellung geben.
Billets à 2½ Gr. sind Sonnabend bei **Hrn. Kutschbach** gegen Vorlegung der Erlennungskarte zu haben. Des Raumes wegen kann jedoch jedes Mitglied für jeden Abend nur 2 Billets erhalten. Anfang 7 Uhr. (10426)
Der Vorstand.

Gartenbau-Verein.
Montag, den 1. April c., Abends 7 Uhr, Monats-Versammlung, Frauengasse 26.
Tagesordnung: Bericht der Commission zum Stiftungsfest, Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand. (10440)

Verein junger Kaufleute.
Außerordentliche General-Versammlung Sonnabend, den 30. d. M., Abends 7 Uhr.
Antrag auf Auflösung des Vereins. (10376)
Der Vorstand.

Danziger Stadttheater.
Sonnabend, den 30. März (120. Abonnem.-Vorst.) **Don Juan.** Große Oper in 2 Acten.
Könnte die geehrte Direction des Stadttheaters nicht **Hrn. A. Röder** veranlassen, in dem Lustspiele von **Hrn. Benedix: „Die zärtlichen Verwandten“** aufzutreten?
Könnte es die Direction des Stadttheaters nicht ermöglichen, die neue Posse „Aus bewegter Zeit“ bis Sonntag zur Aufführung kommen zu lassen? Mehrere Theaterfreunde
A. I. kann abgeholt werden. (10348)
Der Deconom **Herr Radke**, früher in Senslau b. Hohenstein, wird ersucht, zur Ausgleichung seines Contos seine jetzige Adresse anzugeben.
H. Schmukal,
(10424) Danzig.
Druck und Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig
Hierzu eine Beilage.

Freitag, den 29. März 1867.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, bei dem bevorstehenden Wechsel des Quartals die Bestellungen auf die

Danziger Zeitung

rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Verwendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro II. Quartal 1 \mathcal{R} 20 \mathcal{S} (mit Steuer und Post-Provision); für Danzig incl. Bringerlohn beider Ausgaben 1 \mathcal{R} 22 \mathcal{S} . Außer in der Expedition, Ketterhager-Gasse 4, kann die Zeitung zum Preise von 1 \mathcal{R} 15 \mathcal{S} abgeholt werden:

- 4. Damm Nr. 4 bei Hrn. Apotheker v. d. Lippe,
- Langgarten Nr. 102 bei Hrn. Gustav N. van Dühren,
- Kohlengasse Nr. 1 bei Hrn. P. Herrmann,
- Laskadie Nr. 25 bei Hrn. Expediteur Herrn. Müller,
- Paradiesgasse Nr. 20 bei Hrn. Gustav Böttcher,
- Poggenpfehl Nr. 8 bei Hrn. Wilhelm Aradt,
- Reugarten Nr. 14 bei Hrn. Apotheker Schlessener,
- Langgasse Nr. 83 bei Hrn. Franz Feichtmayer.

Expedition der Danziger Zeitung, Ketterhagergasse Nr. 4.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergnädigt geruht: Dem General-Arzt a. D. Dr. Eichholz, bisher Sub-Director des med.-chirurg. Friedrich-Wilh.-Instituts, den R. Kronen-Orden 3. Klasse zu verleihen; den bisherigen Finanz-Rath Houth-Weber in Hannover zum Ob.-Reg.-Rath und den bisherigen Ober-Zoll-Rath Commann daselbst zum Regierungs-Rath zu ernennen, dem letzteren auch den Charakter als Geh. Reg.-Rath beizulegen.

(W. L. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Stuttgart, 28. März. Der ständische Ausschuss hat von der Staatsregierung die Vorlage des preussisch-württembergischen Bündnisvertrages zur Genehmigung und nicht bloß zur Kenntnissnahme verlangt.

Prag, 28. März. Bei den heute beendeten Grundbesitzer-Wahlen hat die Verfassungspartei durchweg gesiegt.

London, 28. März. Nachrichten aus New-York vom 16. d. M., welche per „City of Boston“ eingetroffen sind, versichern, daß die Fenier mit großer Mühseligkeit fortgesetzt Anstalten zu einem Einfall in Kanada treffen. — Der Senat hat die Ernennung Cowans zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Wien nicht genehmigt.

Paris, 28. März. Man versichert, daß der Prinz von Oranien demächst hier eintreffen wird.

Paris, 28. März. Der gesetzgebende Körper hat mit 136 gegen 92 Stimmen die Abschaffung der körperlichen Schuldhaft beschlossen. — Die „France“ meldet: Der Prinz von Oranien und der Graf von Flandern haben auf die Nachricht, daß zur Eröffnung der Ausstellung keine Feierlichkeit stattfinden werde, ihre Reise hierher verschoben.

Florenz, 27. März. Zum Präsidenten der Deputirtenkammer wurde der Kandidat der Regierung, Mari, mit 195 Stimmen gewählt. Auf den Gegenkandidaten Crispi fielen 145 Stimmen.

Kopenhagen, 28. März. Der König reist nicht von London nach Paris, wie Zeitungen gemeldet haben, sondern kehrt in kurzer Frist hierher zurück. Prinz Johann tritt Sonnabend die Reise nach Griechenland an.

Konstantinopel, 28. März. Der zum Empfang der Investitur herkommende Fürst von Serbien wird Sonntag hier erwartet. Der erste Adjutant des Sultans reist dem Fürsten bis zur Grenze zur Begrüßung entgegen.

Frankfurt a. M., 28. März. Effecten-Societät. Fest. Credit-Actien 171 $\frac{1}{2}$ à 172, 1860er Loose 68 $\frac{1}{2}$ à 68 $\frac{1}{2}$, Steuerfr. Anleihe 48 $\frac{1}{2}$, National-Anleihe 53 $\frac{1}{2}$, Amerikaner 77 $\frac{1}{2}$.

Wien, 28. März. Abendbörse. Auf Deckungskäufe für das Ausland höher; am Schlusse stationär. Credit-Actien 187,10, Nordbahn 162,20, 1860er Loose 87,10, 1864er Loose 80,00, Staatsbahn 210,90.

London, 28. März. Bank-Ausweis. Notenumlauf 22,837,715 (Zunahme 467,820), Baarvorrath 19,627,232 (Zunahme 165,786), Notenreserve 11,246,455 (Abnahme 311,360) Pfd. St.

London, 28. März. Der Dampfer „City of Boston“ ist aus New-York in Queenstown eingetroffen. — Aus New-York vom 27. d. M. Abds. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109, Goldagio 34 $\frac{1}{2}$, Fonds 109, Illinois 115, Eriebahn 58, Baumwolle 31. Raffinirtes Petroleum 26. — Die Dampfer „China“, „Chicago“ und „Olympus“ sind in New-York angekommen.

Berlin. Zwischen dem Ende der Vorberathung und den Schlußberathungen sollen Erklärungen der Bundes-Regierungen über die von dem Parlament angenommenen Amendements zu erwarten sein. Danach wären die inzwischen abgegebenen Erklärungen nur als vorläufige anzusehen.

Von glaubwürdiger Seite wird mitgetheilt, daß die Aenderung der Pensions-Verhältnisse der Post-Unterbeamten einer für die Betheiligten befriedigenden Regelung entgegengehe; ebenso sind die Gehaltsverbesserungen derselben in Berlin, die andern Orts, wo die Regelung weniger Schwierigkeiten verursacht, bereits eingetreten sind, in einigen Tagen zu erwarten. (Kreuztg.)

England. London, 26. März. Die London-Brighton-Bahn ist in großen Nöthen, denn die Feizer und Locomotivführer haben ihre Drohung, die Arbeit einzustellen, wahr gemacht. Die Fahrpläne sind daher suspendirt worden, und

es laufen nur wenige Züge und mit verminderter Geschwindigkeit. Ähnliche Conflictte sind auf der Nordost-Bahn zu erwarten.

Frankreich. Paris, 25. März. Die Schneibergerellen machen vollen Ernst mit ihrer Arbeitseinstellung. Eine Calamität der fühlbarsten Art jetzt beim Beginn der Frühjahrssaison. Eine Versammlung von nicht weniger als 7000 hat am Sonntag den Beschluß gefaßt, binnen wenigen Tagen Scheere und Nadel niederzulegen, wenn ihnen nicht eine Lohnerhöhung von 50 Centimes zugestanden wird. Ob auch ihnen außerordentliche Geldmittel zufließen werden, um ihre Forderung durch Arbeitseinstellung zu erzwingen? Die Bronze-Arbeiter haben 20,000 Francs erhalten, und die Schriftsetzer einen Fonds von 8000 Francs aufgebracht, um mit Hilfe ihrer Unterstützungskasse der socialen Agitation den nöthigen Vorschub zu leisten. Jetzt haben auch die Tischler ihr Programm aufgestellt.

Danzig, den 29. März.

* Zu nächstem Sonnabend, den 30. März, hat der Vorstand des hiesigen „Vereins junger Kaufleute“ eine General-Versammlung anberaumt, in welcher der Antrag auf Auflösung des Vereins gestellt werden wird.

Marienburg, 27. März. (N. E. A.) Bei sehr variirendem Wasserstande kam das Grundeis der Rogat, welches erst einige Tage gestanden hatte, in Bewegung. Der Pegel steht jetzt um 5 Uhr Nachmittags auf 12' 1" bei schwachem Eisgange.

— Dem Rechtsanwält und Notar Bülowius zu Königsberg ist der Charakter als Justizrath, dem Stadtgerichts-Depositalkassen-Rendanten Pelz zu Königsberg der Charakter als Rechnungsrath und dem Stadtgerichts-Secretair Ackmann zu Königsberg der Charakter als Kanzleirath verliehen.

— Dem Oberlehrer Schumann am Altstädtischen Gymnasium zu Königsberg ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 28. März. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine sehr flau, 70c März 5400 Pfd. netto 152 Bancothaler Br., 150 $\frac{1}{2}$ Gd., 70c Frühl. 144 Br., 143 $\frac{1}{2}$ Gd. Roggen loco ruhig, auf Termine fest, 70c März 5000 Pfund Brutto 94 Br., 92 Gd., 70c Frühl. 90 Br. und Gd. Hafer matt und geschäftslos. Del stille, 70c Mai 24 $\frac{1}{2}$, 70c Oct. 25 $\frac{1}{2}$. Spiritus unverändert. Kaffee geschäftslos. — Feuchtes Wetter.

Amsterdam, 28. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest. Raps 70c Oct. 68 $\frac{1}{2}$. — Auf der Auction der niederländischen Handels-Gesellschaft wurden 69,477 Blöde Banca-Zinn à 54 verkauft.

London, 28. März. Consols 91 $\frac{1}{2}$. 1% Spanier 31 $\frac{1}{2}$.

